



Fehlstart beim BäumePlus-Gesetz: Warum Berlins Bäume jetzt Wahlkampfthema werden müssen

Berlin, 19. Mai 2026 – Sechs Monate nach Inkrafttreten des Berliner Klimaanpassungsgesetzes droht bei der Umsetzung ein ernsthafter Zeitverzug. Zwar wurden in den Fachverwaltungen bereits zentrale Vorarbeiten gestartet, doch notwendige Personal- und Budgetfreigaben der Finanzverwaltung und Haushaltspolitiker von CDU und SPD stehen weiterhin aus. Nach Einschätzung des BaumEntscheid e.V. gerät damit der gesetzliche Zeitplan insgesamt in Gefahr. Spätestens bis zum 21. Mai 2026 müsste die Baumschutzverordnung reformiert sein; genauso müssten Mittel und Stellen für das Umsetzungsplanungsprojekt und den Wissenschaftlichen Kontrollbeirat samt Geschäftsstelle verfügbar sein. Andernfalls drohen Verzögerungen bei zentralen gesetzlichen Pflichtaufgaben.

Das BäumePlus-Gesetz, als Berliner Klimaanpassungsgesetz seit 21. Nov. 2025 in Kraft, schreibt vor, dass innerhalb der ersten sechs Monate ausreichend Personal- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen sind. Erst diese Vorgaben nach § 23 ermöglichen, dass die Sanierung der blau-grünen Infrastrukturen der Hauptstadt bis 2040, beginnend ab 2028, gesetzeskonform geplant und fristgerecht umgesetzt werden kann. Bisher sind die notwendigen Stellen weder ausgeschrieben noch besetzt worden. Die verantwortliche politische Hausleitung von SenMVKU wird damit das Umsetzungsplanungsprojekt weder frist- noch qualitätsgerecht stemmen können und damit schon jetzt die Gesamtumsetzung empfindlich verzögern.

Heinrich Strößenreuther, Initiator und Vorstand BaumEntscheid e.V.: „Leider müssen wir in Summe die ersten sechs Monate als Fehlstart bewerten, da weder Personal noch Budgets für Fachberatungen bereitgestellt wurden: Wie will man für eine Millionen Straßenbäume sorgen und die Kosten der Umsetzung um Milliarden-Beträge reduzieren, wenn man nicht mal das nötige Budget für die Vorbereitung investieren will? Bäume müssen deshalb Wahlkampf-Thema werden.“

Ergänzend schreibt das BäumePlus-Gesetz vor, dass nach § 20 auch die Baumschutz-Verordnung bis zum 21.05.26 zu novellieren ist. Die Novelle würde Bestandsbäume wirksamer vor Fällung schützen und Ausnahmen insbesondere für die Verwaltung streichen.

Auch der wissenschaftliche Kontrollbeirat nach BäumePlus-Gesetz müsste bis zum 21.05.2026 samt Geschäftsstelle eingerichtet sein, um die Umsetzung des Gesetzes zu kontrollieren und bei etwaigen Verfehlungen die Erarbeitung eines Sofortprogramms zur Nachbesserung anzumahnen und einzuleiten.

Vicky Pasternak, Sprecherin Forschungs- und Hochschulcluster BaumEntscheid e.V.: „Erste Namen kursieren und das ist gut so. Neben den Vertretern der Wissenschaft braucht es auch Vertreter aus Verwaltung und Management mit Erfahrungen aus der Praxis, die große Infrastrukturvorhaben oder komplexe Umsetzungsprojekte gestemmt haben, damit dieses Gesetz nicht an der Umsetzung scheitert.“

Die hauptsächliche Kritik des BaumEntscheid e.V. richtet sich an die Senatsverwaltung für Finanzen und an die Haushaltspolitiker von CDU und SPD. Weder Stellen noch Budgets für konsumptive Mittel (Personalstellen, Fachberater-Budgets) sind bisher für das Umsetzungsplanungsprojekt vorgesehen. Die ursprüngliche Kostenschätzung des Gesetzes lag bei 7 Milliarden Euro; Kostensenkungspotenziale von mehr als 3 Milliarden Euro waren angedacht durch innovative Pflanzmethoden, den Einbezug von Privatkapital via digitales Gestattungsmanagement der Pflanzrechte sowie durch Standardisierung, Skalierung und Rahmenvertragsausschreibungen. Nur so wird es bei den politisch vereinbarten 3,2 Milliarden Euro bleiben. Wenn das Umsetzungsplanungsprojekt diese Vorarbeiten nicht professionell vorbereitet, werden sich die Gesamtkosten auf die ursprünglich veranschlagten 7 Milliarden Euro bis 2040 wieder mehr als verdoppeln.



Zum Hintergrund: Das Berliner Klimaanpassungsgesetz, ehemals BäumePlus-Gesetz, wurde am 3. November 2025 nach Verhandlungen mit CDU, SPD und Senat parteiübergreifend einstimmig beschlossen. Es macht Berlin fit für die Folgen des Klimawandels und verankert wirksamen Schutz vor Hitze, Dürre und Extremwetter verbindlich im Landesrecht. Der entscheidende Impuls für dieses bundesweit beachtete Gesetz ging von der NGO BaumEntscheid e.V. aus: Mit ihrer Volksentscheidinitiative hat sie den politischen Prozess angestoßen, fachlich geprägt und der Stadtgesellschaft den Weg zu einer konkreten, umsetzungsstarken Klimaanpassung eröffnet.

In dem Gesetz sind präzise Umsetzungsaufgaben rechtlich vorgegeben; folgende Fristen des Berliner Klimaanpassungsgesetzes laufen am 21. Mai 2026 aus: Einsetzung des Wissenschaftlichen (Kontroll-)Beirats nach § 17 (1) samt Budget für Ausarbeitungen und Geschäftsstelle, Verabschiedung der Novelle der BaumschutzVO gem. § 21, Vorlage des Projektauftrages für das Umsetzungsplanungsprojekts gem. § 22 (1) u. (4) inkl. Benennung einer Vertrauensperson des BaumEntscheid e.V., Sicherung der Personal- und Sachmittelverfügbarkeit gem. § 23 (3) Schlussbestimmungen.

Kontakt:

BaumEntscheid e.V. – Pressestelle, Heinrich Strößenreuther, presse@baumentscheid.de

Im Anschluss an das Senats-Pressegespräch am 21.05.2026 stehen wir gerne für Erläuterungen zur Verfügung – rufen Sie uns gerne an.

Quellen und weiterführende Links:

- Mehr Informationen über den BaumEntscheid: <https://www.baumentscheid.de>
- Link zum am 21. November 2025 in Kraft getretenen Berliner Klimaanpassungsgesetz (BäumePlus-Gesetz: <https://www.baumentscheid.de/klimaanpassungsgesetz>)
- Link zum Newsletter des BaumEntscheid e.V.: <https://www.baumentscheid.de/informiert-bleiben>
- Hinweis zu Spenden und Fördermitgliedschaften: <https://www.baumentscheid.de/unterstuetzen>

Mehr über die Initiative BaumEntscheid e.V.:

Der **Volksentscheid Baum** – initiiert im August 2023 von **Heinrich Strößenreuther** und **Génica Schäfgen** – hat mit dem **BäumePlus-Gesetz** Deutschlands erstes konkretes und verbindliches **Klimaanpassungsgesetz für die kommunale Umsetzung** auf den Weg gebracht. Über 150 Ehrenamtliche und Fachleute arbeiteten am Entwurf, der im Mai 2024 an den Senat übergeben und am **3. November 2025** – ein Jahr früher als geplant – **einstimmig im Abgeordnetenhaus** beschlossen wurde. Der BaumEntscheid gilt inzwischen als historisches Beispiel **bürgergetriebener Klimaschutzpolitik**: Er zeigt, dass Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam Lösungen schaffen können – für eine **grünere, kühlere, lebenswertere Stadt**.

Am 21. November 2025 ist das Gesetz in Kraft getreten. Das Gesetz verpflichtet Berlin zu einer **Million Straßenbäume** bis 2040, 700.000 davon sind neu oder nachzupflanzen. Bis 2040 sollen in den **170 Hitzevierteln** rund **4.000 Mini-Parks** und **100 größere Grünflächen** entstehen, **Regenwasser** lokal genutzt und die Temperaturen **um bis zu zwei Grad mit mehr Stadtgrün gesenkt** werden. Es enthält eine **Pflicht zur Gesundheitspflege**, eine **Ersatzquote von 1:3 bei Fällungen** und schreibt vor, Pflegeprozesse regelmäßig zu überprüfen. Damit werden Stadtnatur und „blau-grüne Infrastrukturen“ erstmals als **Infrastrukturen gemäß Sondervermögen** anerkannt – mit einem Finanzrahmen von **3,2 Milliarden Euro bis 2040**. Mit dem Beschluss entfällt der ursprünglich für **September 2026** geplante Volksentscheid. Das Gesetz tritt **ein Jahr früher** in Kraft, sodass **Pflanzung und Pflege** bereits ab 2025 beginnen können. Der BaumEntscheid begleitet die Umsetzung, stärkt die **Bürgerbeteiligung** beim Pflanzen und unterstützt **andere Städte**, das BäumePlus-Gesetz als **Vorbild für eigene Klimaanpassung** zu nutzen. Der gemeinnützige BaumEntscheid e.V. bittet zur Unterstützung dieser Arbeit um **Spenden** und **Fördermitgliedschaften**.